

Sehr geehrter Herr Obermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterinnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderatskolleginnen und Gemeinderatskollegen und nicht zuletzt sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zunächst möchte ich einige grundsätzliche Überlegungen vorab machen:

Das zu Ende gehende Jahr lässt sich beschreiben: „Die Krisen lassen uns nicht los.“ Wer sich die Krisen genauer anschaut muss feststellen, dass diese nicht von vorübergehender Natur sind, sondern dauerhaft sind.

Die Klimaveränderung werden wir vielleicht abmildern können, wenn der wirkliche Wille da ist. Dies heißt auch, dass rein technische Lösungen, die so nebenbei ohne Veränderung unserer Lebensgewohnheiten wirken, nicht ausreichend sein werden. Diese Veränderungen sollte die Stadt und auch die Stadtgesellschaft fördern, hin zu einem geringeren Ressourcenverbrauch nicht nur hier lokal, sondern im Gesamtsystem Erde.

Die jüngste Krise besteht aus dem Fehlen von nun über 100 Mrd. Euro für den notwendigen Umbau der deutschen Wirtschaft. Der Fehler wurde bereits im Koalitionsvertrag hineingewebt, weil sonst die gegensätzlichen Vorstellungen von einem „Fortschritt“, den man wagen wollte, nicht formulierbar waren. Die Auswirkungen werden erst nach und nach auf der kommunalen Ebene spürbar werden. Es gibt dann wahrscheinlich keine Zuschüsse mehr für Projekte. Die jüngsten Forderungen der Sozialbereich soll die fehlenden Milliarden liefern, würde das soziale Ungleichgewicht vergrößern. Die Städte und Gemeinden

müssen dann versuchen, die soziale Teilhabe auf anderem Wege zu ermöglichen.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, die Menschen, die zu uns kommen, angemessen unterzubringen. Sie schnell zu integrieren und in Arbeit zu bringen, bleibt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Hier ist es der Stadtverwaltung immer wieder gelungen Wohnungsleerstand ausfindig zu machen und die Unterbringung der Geflüchteten - soweit erkennbar - gut zu regeln. Dafür möchten wir der Verwaltung unseren Dank aussprechen. Es gilt aber weiterhin: Solange die Fluchtursachen nicht beseitigt sind, wird uns diese Frage beschäftigen, ob wir es wollen oder nicht.

Als Antwort auf die beschriebenen Krisen, wird es vielleicht noch eine Einigkeit geben, dass es ein „**Weiter so**“, nicht geben kann. Aber schon bei der Frage was nicht „Weiter so“ gehen soll, werden sich große Differenzen ergeben. Soll es einen Anspruch auf größere Parkplatzflächen für die immer größere Fahrzeuge geben, nur weil man sich größere Fahrzeuge leisten kann? In den letzten 25 Jahren sind die Autos um fast 15cm breiter geworden. Das bedeutet auch, dass die Straßen scheinbar schmaler werden.

Einen Anspruch auf einen Kitaplatz sollte dagegen selbstverständlich sein und da kann es nur ein „Weiter so“ in Richtung einer guten Versorgung geben.

Und nun konkret zum Haushalt:

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen das **Projekt Bildungszentrum West** anzupacken und war sich dabei der hohen finanziellen Belastungen für den städtischen Haushalt bewusst. Diese Belastungen sind sozial gerecht zu verteilen und da kann es nicht sein, dass einseitig das Kapital entlastet werden

soll. Wer dann noch vor hohen Schulden warnt, muss auch Farbe bekennen.

Will er beim Bereich „Tourismus und Event“ streichen? Will er den Kulturbereich dafür büßen lassen? Wir setzen hier auf einen Beitrag derer, die auch einen Gewinn aus einer attraktiven Schule vor Ort haben.

Wir stellen zusammen mit den Grünen und der SPD einen gemeinsamen Antrag zur Stärkung der Einnahmeseite. Aus unserer Sicht wären sogar 405 Punkte angemessen, dazu hatten wir einen Antrag vorbereitet.

Wenn der vorliegende Antrag angenommen würde, würde die jährliche Schuldenaufnahme um 1,25 Mio.€ reduziert und damit auch die Zinszahlungen. Auch die magische betrachtete Pro-Kopf-Verschuldung würde nicht so stark steigen und der finanzielle Spielraum der Stadt würde größer werden.

Wir stimmen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhung des Hebesatzes zur **Grundsteuer** um 15 Prozentpunkte zu, auch wenn dies auf die Mieter weitergereicht werden kann. Ich betone „kann“, es muss nicht weitergereicht werden. Im nächsten Jahr müssen die neuen Hebesätze für die neue Basis der Grundsteuer festgelegt werden. Alle hier vertretenen Parteien und Wählervereinigungen haben zugesagt, dass dies aufkommensneutral geschehen soll, auch wenn es in Einzelfällen zu erheblichen Abweichungen kommen kann. Wir gehen davon aus, dass diese Zusage weiterhin gilt. Vor diesem Hintergrund ist dies die letzte Gelegenheit in den nächsten Jahren politisch transparent zwischen einer beabsichtigten Erhöhung und den Auswirkungen der Grundsteuerreform in Baden-Württemberg zu unterscheiden.

Einer Erhöhung der **Kita-Gebühr** um 4% stimmen wir nur mit Bauchgrimmen zu. Grundsätzlich gilt: Der Besuch der Kindergärten muss genauso gebührenfrei

sein, wie der Schulbesuch. Dafür müssen aber der Bund und vor allem das Land den Kommunen die notwendigen Mittel an die Hand geben. Diesen Anspruch sollten wir an dieser Stelle schon haben.

Mit diesem gemeinsamen Antrag erhoffen wir einen für alle gangbaren Weg aufzuzeigen, wie die Verschuldung reduziert wird.

Es fehlen in Ludwigsburg weiterhin **Wohnungen**, insbesondere preisgünstige Wohnungen. Umso besorgniserregender ist es, dass Wohnungen immer noch aus der Sozialbindung fallen, weil die 30 oder 40 jährigen Bindungsfristen für die Mietpreise abgelaufen sind. Dies darf bei dem Neubaugebiet Fuchshof am Ende der Bindungsfrist in 40 Jahren nicht erneut geschehen. Wohnraum wird weiterhin knapp bleiben. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag: Flächen, die auf dem Fuchshof für sozialen Wohnungsbau vorgesehen sind, nur nach dem Erbbaurecht vergeben werden. Die Stadt behält so langfristig die Kontrolle über die Grundstücke und die Preisreduzierung kann dauerhaft umgesetzt werden.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage und den Investitionen vor allem in die richtigen Projekte für die Bildung sehen wir, die Linke, dieses Jahr von Anträgen zum Haushalt ab.

Zum Abschluss möchten wir uns bei den Beschäftigten der Stadt für ihre Arbeit in diesem schwierigen Jahr bedanken und hoffe, dass wir mit dem Haushalt eine solide Basis bieten, um ihre gute Arbeit fortzusetzen. Wir werden uns auch dafür einsetzen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.